XVIII/0788 Entwässerung in der Stadt hier: Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion

Antwort der Verwaltung:

1) Nach welchem Regelwerk haben sich Bauherren zu richten?

Als konkrete Vorgabe zur Frage der Zulässigkeit der Niederschlagswasserableitung auf ein Nachbargrundstück findet sich im Landesnachbarrechtsgesetz (LNRG) folgende Regelung: § 37 (1) LNRG - Ableitung des Niederschlagswassers: Der Eigentümer und der Nutzungsberechtigte eines Grundstücks müssen ihre baulichen Anlagen so einrichten, dass Niederschlagswasser nicht auf das Nachbargrundstück tropft, auf dieses abgeleitet wird oder übertritt.

Das Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz) enthält als Schutzgesetz für Gewässer u.a. grundsätzliche Anforderungen an die Errichtung, den Betrieb und Unterhalt von Grundstücksentwässerungsanlagen. Mit den Regelungen soll sichergestellt werden, dass die Gewässer nicht nachhaltig in ihren Eigenschaften verändert werden.

Gemäß § 55 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) „Grundsätze der Abwasserbeseitigung“ wird in Absatz 2) festgesetzt: Niederschlagswasser soll ortsnah versickert, verrieselt oder direkt oder über eine Kanalisation ohne Vermischung mit Schmutzwasser in ein Gewässer eingeleitet werden, soweit dem weder wasserrechtliche noch sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften noch wasserwirtschaftliche Belange entgegenstehen.

Konkretisierende Regelungen finden sich im rheinland-pfälzischen Landeswassergesetz (LWG) sowie im kommunalen Satzungsrecht. Hier insbesondere in der Satzung über die Entwässerung und den Anschluss an die öffentliche Abwasserbeseitigungseinrichtung der Stadt Frankenthal – Entwässerungssatzung – vom 21. Januar 2014 und in den satzungsrechtlichen Festlegungen der Bebauungspläne.

Gemäß § 8 Abs.2 Pkt. 3 der Entwässerungssatzung unterliegt Niederschlagswasser nicht dem Anschlusszwang an die öffentlichen Abwasseranlagen, wenn es am Ort des Anfalls verwertet oder ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit in anderer Weise beseitigt werden kann.

In § 15 Abs. 1 der Entwässerungssatzung ist geregelt, dass Niederschlagswasser unter Beachtung der nachfolgenden Bestimmungen auf Anforderung der Stadt auf dem Grundstück zu verwerten oder einer schadlosen Ableitung zuzuführen ist.

Die Aufforderung durch die Stadt ergibt sich durch die konkretisierenden Festlegungen der Bauleitplanung.

Aus dem Wasserhaushaltsgesetz WHG § 60 ergibt sich zudem, dass die allgemein anerkannten Regeln der Technik für die Planung und Herstellung der baulichen Anlage der Grundstücksentwässerung einzuhalten sind. Dazu gehören unter anderem die Regeln des DIN, der DWA und des DIBt. Die vorgenannte Vorgabe des WHG gilt allerdings nur, sofern im Einzelfall von der zuständigen Bauaufsichts- oder Wasserbehörde nichts anderes vorgeschrieben wird.

2) Was schreibt dieses Regelwerk vor? Welche Sanktionen sind bei Nichtbefolgung vorgesehen?

Verstöße gegen das Landesnachbarrechtsgesetz (LNRG) bedürfen einer Einigung auf privatrechtlichem Weg. Verstöße gegen die Entwässerungssatzung sind gemäß § 20 der Entwässerungssatzung zu ahnden. Verstöße gegen die Vorgaben der Bauleitplanung unterliegen dem Bauordnungsrecht.

3) Wie ist der Abfluss bzw. Versickerung bei den aktuellen großen Bauvorhaben in der Stadt geregelt?

Die Festlegungen in den Bebauungsplänen für die aktuellen großen Bauvorhaben fordern in Abstimmung mit der SGD als wasserrechtliche Genehmigungsbehörde die weitgehende Versickerung von Niederschlagswasser in den jeweiligen Plangebieten.

4) Wie wird diese Vorschrift umgesetzt: haben Bauherren, die das auf dem Grundstück anfallende Regenwasser versickern wollen, dies zu beantragen?

Wenn Niederschlagswasser versickert oder in ein oberirdisches Gewässer einleiten werden soll, wird in der Regel eine wasserrechtliche Erlaubnis benötigt, sofern sich das Versickern nachteilig auf die Grundwasserbeschaffenheit auswirken kann. Die Erlaubnispflicht entfällt, wenn keine nachteiligen Veränderungen des Grundwassers zu erwarten sind. Dann muss das Vorhaben lediglich der zuständigen Behörde angezeigt und ergänzend im Genehmigungsantrag gemäß Entwässerungssatzung dargestellt werden. Kontaktieren Sie die Untere Wasserbehörde, falls Unsicherheiten bestehen, ob eine Erlaubnis beantragt werden muss.

5) Gibt es Erfahrungswerte, ob und wie sich Versickerung auf das Grundwasser auswirkt?

Die Versickerung von Regenwasser entspricht dem natürlichen Urzustand vor der Oberflächenversiegelung durch anthropogene Einflüsse. Insofern erfüllen die Maßnahmen der Versickerung die Zielvorgaben der EG_Wasserrahmenrichtlinie (Erreichen eines guten chemischen und guten ökologischen Zustands der Gewässer). Voraussetzung ist, dass durch die Versickerung keine Schadstoffe in das Grundwasser eingeleitet werden. Die Maßnahmen der Versickerung von Niederschlagswasser am Ort des Anfalls schützen in erster Linie unsere Gewässer vor schädlichen Mehrabflüssen von zusätzlich durch Bautätigkeit versiegelten Siedlungsflächen.

6) Ist Versickerung des Regenwassers auch auf den privaten Grundstücken zulässig, die nicht im Bereich eines Bebauungsplans liegen?

Grundsätzlich ja, sofern die Forderungen gemäß WHG §55 eingehalten werden.